

AN DIE QUÄSTUR BOZEN

Über das Polizeikommissariat von _____
 Carabinieri Stationskommando von _____

**STEMPEL
-MARKE
ZU
€ 16,00**



Der/Die Unterfertigte _____
 beantragt hiemit die **Ausstellung** **Verlängerung**
 des Waffenscheins für Selbstverteidigung aus folgenden Gründen:

Der Antragsteller erklärt auf eigene Verantwortung:

1. am ____/____/____ in _____ Provinz _____ geboren zu sein;
 wohnhaft _____ Provinz _____ Frakt. _____
 Strasse _____ Nr. _____ Telefonnr. _____ / _____;
2. Beruf _____ Personenstand _____;
3. als Wehrdienstverweigerer erklärt worden zu sein JA NEIN
4. Wehrdienst (erfüllt/nicht erfüllt oder sonstige) _____;
5. Körpergröße: GROSS MITTELGROSS KLEIN
6. Körperbau: ROBUST SCHLANK MAGER
7. Haare: BLOND BRAUN SCHWARZ ROT ANGEGRAUT WEISS
8. Augen: GRAU BLAU BRAUN SCHWARZ GRÜN
9. besondere Kennzeichen: _____;
10. Familienstand: _____

NACHNAME	VORNAME	GEBURTSDATUM	GEBURTSORT	VERWANDSCHAFTSGRAD

ANLAGEN:

- BESCHEINIGUNG UM DIE NOTWENDIGKEIT DES WAFFENBESITZES ZUR SELBSTVERTEIDIGUNG ZU BELEGEN;**
- Einzahlungsbescheinigung der staatlichen Konzessiongebühren in Höhe von € 115,00 auf PSK 8003;
- Gesundheitsschein - mit **Stempelmarke** – gemäß Dekret des Gesundheitsministeriums vom 28/04/98;
- Stempelmarke** zu € 16,00, die auf der Lizenz angebracht wird;

Bei Verlängerung ist auch Folgendes beizulegen:

- Abgelaufenes Büchlein und Lizenz oder deren Kopie wenn die Verfallsfrist noch nicht abgelaufen ist;

Bei Erstaussstellung oder Erneuerung des Büchleins ist auch Folgendes beizulegen:

- Einzahlungsbescheinigung in Höhe von € 1,50 auf PSK 15073398, lautend auf das Betriebsmittelverwaltungsamt der Quästur Bozen;
- Zwei neue gleiche Passfotos;

Bei Erstaussstellung ist auch Folgendes beizulegen:

- Bescheinigung über die Eignung zur Handhabung von Waffen, mit Stempelmarke versehen, ausgestellt von einer Sektion des Nationalen Verbands der Schießstände (mit Ausnahme der Antragsteller, die Dienst bei einer **bewaffneten** Körperschaft des Staates geleistet haben) oder diesbezügliche Eigenerklärung.

DER UNTERFERTIGTE ERKLÄRT OBENERWÄHNTES, IM BEWÜBTSEIN DER STRAFRECHTLICHEN VERANTWORTUNG IM FALLE VON UNWAHREN ANGABEN ODER VORLAGE FALSCHER URKUNDEN, DIE NICHT MEHR DER WAHRHEIT ENTSPRECHENDE DATEN ENTHALTEN. (Art. 76 D.P.R. 28.12.2000 Nr. 445).

(Die Unterschrift muss vor dem zuständigen Beamten geleistet werden, ansonsten muss dem Ansuchen die Kopie eines gültigen Personalausweises mit der Unterschrift des Betroffenen beigelegt werden.)

Ort und Datum

Ort und Datum

Der Antragsteller

DEM AMT VORBEHALTENER TEIL

Der Unterzeichnete bestätigt, dass das Ansuchen in seiner Gegenwart und nach Feststellung der persönlichen Identität des Antragstellers mittels _____ unterzeichnet wurde.

DER BEAUFTRAGTE BEAMTE